



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 23. Mai 2014

Inhalt

1. Das Rentenpaket
2. Ukraine-Krise
3. TTIP: Verhandlungen zum Freihandelsabkommen transparent gestalten
4. Grüne Gentechnik in Deutschland verhindern



Der „Deutschlandtrend im ARD-Morgenmagazin“ bestätigt in einer aktuellen Umfrage: Bei den Bundesbürgern kommt die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren gut an. 73 % der Befragten halten dies für einen richtigen Weg, nur 22 % finden, dies gehe in eine falsche Richtung. Bei der Altersgruppe der 18-29 Jährigen gibt es nur eine etwas geringere Zustimmung zu dem Rentenvorhaben.

Wort gehalten: Das Rentenpaket kommt

Das vieldiskutierte [Rentenpaket](#) wurde am Freitag in 2./3. Lesung mit großer Mehrheit im Bundestag verabschiedet. Es enthält wesentliche Leistungs-Verbesserungen, von denen Millionen von Menschen profitieren werden. Zu dem Paket zählen neben der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren auch die Mütterrente sowie Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und die Erhöhung der Rehabilitations-Leistungen. Außerdem wird es einen flexibleren Übergang in die Rente geben, den sich viele Menschen wünschen. Bereits ab dem 1. Juli werden Verbesserungen in Kraft treten.



Martin Schulz:
Aus Deutschland.
Für Europa.



Mit dem Rentenpaket schließen wir Gerechtigkeitslücken und erkennen die Lebensleistung der Menschen bei der Rente stärker an. Das Rentenpaket ist verdient und nicht geschenkt. Gute Arbeit ist viel wert und diese Anstrengung erkennen wir an. Das Rentenpaket ist solide gegenfinanziert und wir werden dafür sorgen, dass der Beitragssatz weiter stabil bleibt. Ab 2019 haben wir dafür einen zusätzlichen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt vereinbart.

Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren

- Wer viereinhalb Jahrzehnte oder mehr gearbeitet hat, kann künftig schon mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen. In den kommenden Jahren wird die Altersgrenze dann schrittweise auf 65 Jahre angehoben. Wer 45 Beitragsjahre in der Rentenversicherung nachweisen kann, kann das neue Modell in Anspruch nehmen. Neben Pflichtbeitragszeiten aus Beschäftigung, selbstständiger Tätigkeit oder Pflege werden dabei auch Zeiten der Erziehung von Kindern bis zum 10. Lebensjahr und der Bezug von Lohnersatzleistungen (z.B. Schlechtwettergeld, Kurzarbeitergeld etc.) angerechnet.

Der in den Medien viel beschriebenen Angst vor einer Frühverrentungswelle haben wir dabei einen wirksamen Riegel vorgeschoben. Wir haben uns darauf verständigt, kurze Brüche in der Erwerbsbiografie zu berücksichtigen, also auch Zeiten, in denen ALG I bezogen wurde. Allerdings darf dieser Bezug nicht in den letzten beiden Jahren vor dem Erreichen des Rentenalters liegen! Ausnahmen gibt es nur, wenn Menschen unverschuldet, etwa durch Betriebsstilllegungen oder Insolvenz, mit 61 Jahren in den ALG I-Bezug fallen (Härtefallregelung).

Für Selbstständige gilt: Wer 18 Jahre Pflichtbeitragszahlungen geleistet hat, dem werden die dann gezahlten freiwilligen Beiträge ebenfalls auf die 45 Beitragsjahre angerechnet.

Es gibt auch viele Fälle, in denen Menschen länger arbeiten wollen. Zukünftig gilt ein flexiblerer Übergang in die Rente: Wer während eines laufenden Arbeitsverhältnisses eine entsprechende Vereinbarung mit seinem Arbeitgeber trifft, der kann auch über das Erreichen der Regelaltersgrenze hinaus arbeiten. In Zeiten des Fachkräftemangels kommen wir dem Wunsch vieler Menschen und übrigens auch vieler Unternehmen nach, ihren Weg in den Ruhestand selbst zu gestalten. Da wir aber auch wissen, dass jedes Arbeitsleben anders ist, wollen wir in einer Arbeitsgruppe Vorschläge erarbeiten, wie wir den Übergang in die Rente noch flexibler und individueller regeln können, zum Beispiel durch Teilrenten oder ähnliches.



Martin Schulz:

Aus Deutschland.
Für Europa.



Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente

- Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, bezieht eine sogenannte Erwerbsminderungsrente. Zukünftig wird der Zurechnungszeitraum um zwei Jahre verlängert und auf den persönlichen Durchschnittsverdienst angerechnet, sodass den Menschen spürbar geholfen wird und ihre Lebens- und Arbeitsleistung besser anerkannt wird. Es wird nun praktisch so getan, als ob die Betroffenen zwei Jahre länger gearbeitet hätten. Da viele Bezieher einer Erwerbsminderungsrente gerade in den letzten Jahren vor Renteneintritt lange Krankenzeiten oder Teilzeitwechsel hatten, die natürlich das Durchschnittsgehalt absenkten, werden allerdings die letzten 4 Jahre vor der Rente diesen erweiterten Zurechnungszeitraum nicht mindern.

Exkurs: 65 Jahre Grundgesetz

Im Erinnerungsjahr 2014 feiert auch unser Grundgesetz 65jähriges Jubiläum! Am 23. Mai 1949 trat es in Kraft. Aus diesem Anlass fand im Plenum eine Feierstunde statt, bei der Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert sowie die Fraktionsvorsitzenden der Parteien über das Verhältnis von Verfassung und Parlament sprachen und der mehrfach ausgezeichnete Schriftsteller Dr. Navid Kermani als Gastredner zum Verhältnis von Verfassung und Gesellschaft Stellung nahm.

Mütterrente

- Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind und die sich eine Zeit der Erziehung gewidmet haben – selten auch Väter –, bekommen ab dem 1. Juli für jedes Kind einen zusätzlichen Rentenpunkt angerechnet. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass viele Mütter wegen fehlender Kinderbetreuungsangebote ihren Beruf aufgegeben haben, um sich um die Kinder zu kümmern, während der Mann sich beruflich weiterentwickeln konnte. Von der sogenannten Mütterrente werden rund 10 Millionen Frauen profitieren, wenn sie heute schon eine Rente beziehen. **Einen Antrag muss man übrigens nicht stellen, die Auszahlung erfolgt automatisch!**

Aufstockung des Reha-Budgets:

- Der Bedarf an Rehabilitations-Maßnahmen wird weiter steigen und dieser Entwicklung tragen wir mit einer Aufstockung des Budgets Rechnung. Dabei gilt selbstverständlich „Reha vor Rente“, denn wir wollen, dass die Menschen möglichst lange und gesund in ihrem Beruf arbeiten können.



Martin Schulz:

Aus Deutschland.
Für Europa.



Ukraine-Krise

Europa ist das größte Friedensprojekt der Geschichte – gerade die Krise in der Ukraine zeigt, wie wichtig eine solche Politik ist.

Am Dienstag in der Fraktionssitzung berichtete unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier zur aktuellen Lage in der Ukraine. Die Lage sei ernst und die diplomatischen Bemühungen seien ein Drahtseilakt ohne doppelten Boden, so Steinmeier. Besorgniserregend sei auch, dass die Kommentierungen, beispielsweise bei facebook, zunehmend von populistischen Kräften ganz links oder rechts kämen. Das linke Kräfte beim Auftritt von Martin Schulz in Berlin, uns Sozialdemokraten als „Kriegstreiber“ bezeichneten, sei nicht hinnehmbar, so Steinmeier weiter.

In der Ukraine drohe kein kleiner Regionalkonflikt, sondern es stehe die Einheit Europas auf dem Spiel und die Gefahr einer Spaltung werde real. Da eine militärische Option keinesfalls in Frage komme, müsse man jede Chance für eine Deeskalation nutzen. Man komme nur mit kleinen Schritten vorwärts und jeder Gewaltakt werfe die diplomatischen Bemühungen wieder zurück.

Zunächst sei wichtig, dass die Präsidentschaftswahl am kommenden Sonntag möglichst objektiv verlaufen. Dies sei wichtig, um der Regierung in Kiew Legitimation und mehr Autorität zu verleihen. Hier sei die OSZE-Mission, an der auch 100 deutsche Beobachter/innen teilnehmen, sehr hilfreich. Dank des Runden Tisches sei es gelungen, dass die Wahlen überhaupt stattfinden könnten und dass man von rund 90 % funktionierenden Wahllokalen ausgehe. Auch Russland müsse Interesse an den Wahlen haben, weil die Russen schließlich die derzeitige Regierung in Kiew als nicht legitimiert ansehen. Der zweite Schritt müsse eine neue Verfassung und der dritte Schritt Parlamentswahlen sein, betonte Steinmeier.

Gleichzeitig müsste man die Intellektuellen und die Bildungselite in der Ukraine stärken und die Gesellschaft vom „Drachen der Korruption“ befreien. Bei seinem Besuch in Odessa habe er beispielsweise ermutigend erlebt, dass die Menschen dort sich ihr Leben nicht mehr von einigen Separatisten zerstören lassen wollten. Dort strahle die Stadt bereits wieder mediterranes Flair aus, obwohl hier erst vor wenigen Monaten Gewalt herrschte.

Steinmeiers Fazit: Es gibt keine Alternative zu diplomatischen Gesprächen. Wenn diese Lösung nicht gelinge, herrsche wieder „Eiszeit“ und wenn sie gelänge, fange die Arbeit erst an, denn die Lage müsse dauerhaft stabilisiert werden.

Steinmeiers Wutrede ist Youtube-Hit

"Der Sozialdemokratie muss man nicht sagen, warum wir für Frieden kämpfen."



Martin Schulz:
Aus Deutschland.
Für Europa.



TTIP: Verhandlungen zum Freihandelsabkommen transparent gestalten

Die Verhandlungen zu einem europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen (TTIP) spielten in dieser Woche auch im Bundestag eine Rolle.

Ein Freihandelsabkommen mit den USA kann es mit Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion nur geben, wenn unsere Standards bei Arbeit, Sozialem, Verbraucher- und Datenschutz, Ökologie und öffentlicher Daseinsvorsorge ohne Wenn und Aber erhalten bleiben. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, ist eine Zustimmung nicht vertretbar und damit in der SPD nicht durchsetzbar.



Wir wollen die Chance ergebnisoffen ergreifen, um zwischen den zwei größten Handelsräumen der Welt Spielregeln für den internationalen Handel zu setzen und europäischen Unternehmen einen besseren Zugang zum US-amerikanischen Markt zu ermöglichen.

Doch möchten wir nochmals betonen: Durch das Abkommen dürfen sich europäische Standards, beispielsweise im Verbraucherschutz, der Lebensmittelsicherheit und der öffentlichen Daseinsvorsorge keinesfalls verschlechtern. Auch wollen wir nicht, dass Unternehmen durch ein Klagerecht gegen Staaten die Gesetzgebungskompetenz

demokratisch gewählter Volksvertretungen einschränken oder gesetzliche Standards aushebeln können.

Gemeinsame Spielregeln in der Weltwirtschaft sind besser als keine Regeln – das wissen wir nicht erst seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ein solches Abkommen böte die Chance, auch auf die globalisierten Finanzmärkte direkten Einfluss zu nehmen – das ist eine wichtige Chance, die wir nicht verstreichen lassen sollten. TTIP soll und muss das Leben der Menschen verbessern! Ein Schlüssel zu erfolgreichen Verhandlungen liegt in der Transparenz des Verhandlungsprozesses. Die fehlende Transparenz zu Beginn der Verhandlungen war wirklich keine vertrauensbildende Maßnahme. Wir wollen deshalb so viel Öffentlichkeit wie möglich in diesen Verhandlungen. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat Anfang Mai in seinem Ministerium ein Dialogforum unter anderem mit den TTIP-Kritikern veranstaltet, und dies dort auch bekräftigt. Das ist ein guter Weg, denn dieser Dialog ist absolut notwendig, damit echte Argumente für und wider TTIP ausgetauscht werden können.

Über den Vertrag muss im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament abgestimmt werden. Das ist noch ein Grund, am 25. Mai wählen zu gehen und die neoliberalen Mehrheiten durch eine sozialdemokratische Mehrheit abzulösen!



Martin Schulz:

Aus Deutschland.
Für Europa.



Grüne Gentechnik in Deutschland verhindern



Die Koalitionsfraktionen haben sich auf Drängen der SPD in einem [gemeinsamen Antrag](#) darauf geeinigt, sich für eine Verhinderung grüner Gentechnik in Deutschland einzusetzen. In dem am Donnerstag im Plenum zugestimmten Antrag geht es darum, auf europäischer Ebene die Möglichkeit eines nationalen Verbots von Grüner Gentechnik anzustreben. Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, sich für eine Opt-out-Regelung einzusetzen.

Diese Regelung erlaubt es den Mitgliedsstaaten, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzensorten zu verbieten. Konkret bedeutet das, dass die einzelnen Mitgliedstaaten ein nationales

Anbauverbot gentechnisch veränderter Organismen erlassen können, auch wenn eine europaweite Zulassung vorliegt. Das ist ein großer Erfolg der SPD-Fraktion! Noch vor einigen Wochen war eine Verständigung mit der CDU nicht zu erzielen. Im Januar enthielt sich die Bundesregierung bei der Zulassung der umstrittenen Maissorte 1507, da die CDU-Ministerien für eine Zulassung votierten, die SPD-Ministerien dagegen. Nunmehr hat die CDU ihren Widerstand aufgegeben. Unsere Entschlossenheit hat sich gelohnt! Wir möchten keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf unseren Wiesen und Feldern! Daher werden wir uns auch auf europäischer Ebene für ein strengeres Zulassungsverfahren einsetzen.



Martin Schulz:

Aus Deutschland.
Für Europa.



Unsere Tipps:

- **PPP 2015/2016:** Die Bewerbungsphase für das Parlamentarische Patenschafts Programm PPP für Schülerinnen und Schüler sowie für junge Berufstätige und Auszubildende hat wieder begonnen! Noch bis zum 12. September 2014 können sich Interessenten bewerben. Weitere Details findet Ihr unter www.bundestag.de/ppp.



- **Wissenschaftspreis 2014:** Der Bundestag verleiht den Wissenschaftspreis in einem 2-Jahres-Turnus an hervorragende wissenschaftliche Arbeiten der jüngsten Zeit, die zur Beschäftigung mit dem Parlamentarismus anregen. Studien können sowohl vom Autor als auch von Dritten vorgeschlagen werden. Anwärter und Befürworter preiswürdiger Arbeiten werden gebeten, sich bis zum 15. Juli 2014 an folgende Adresse zu wenden:

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: vorzimmer.wd1@bundestag.de

Telefon: 030-227-38629

- **Town & Country Stiftungspreis:** Der Preis wird an gemeinnützige Organisationen verliehen, die förderungswürdige Kinderhilfsprojekte umsetzen. Wir ermuntern auch Organisationen aus unseren Wahlkreisen, sich noch bis zum 07. Juni unter www.tc-stiftung.de zu bewerben!

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia